A-5 Freiheit sichern: Gegen den autoritären Umbau!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen

Antragstext

Deutschland hat ein kontinuierliches Naziproblem, das gerade in den Sicherheitsbehörden unübersehbar zutage tritt, sich dabei über die Jahrzehnte aber nur in immer neuen Facetten zeigt. Ob Angriffe auf Geflüchtete, Anschläge auf linke Politiker*innen und Aktivist*innen oder Hetzkampagnen gegen Frauen im Internet: Rechte versuchen seit Jahrzehnten, durch Angst, Terror und gezielte Diskursverschiebung ihre Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft in die Tat umzusetzen. Seit der AfD gelingt es ihnen, das lauter und auf größeren Bühnen zu sagen, als viele aus der vermeintlichen “Mitte der Gesellschaft” in einem Deutschland nach 1945 noch für denkbar gehalten haben. Während People of Color und - besonders ostdeutsche - Antifaschist*innen seit Jahren davor warnen, während Recherchenetzwerke immer wieder Waffenlager und geheime Kampfsporttrainings für den “Tag X” aufdecken, schauen die, die uns Sicherheit versprochen haben, systematisch weg. Polizei, Verfassungsschutz, Innenministerien: Es scheint, als wüssten sie von diesem Problem nichts. Dass sie das sehr wohl tun, ist uns nicht erst seit der Selbstenttarnung des NSU und den begleitenden Untersuchungsausschüssen schmerzlich bewusst. Doch die Behörden zeigen wenig Interesse daran, rechte Netzwerke oder rassistische Strukturen aufzudecken, geschweige denn dagegen vorzugehen.

Die Gründe dahinter sind vielfältig: Eine der dabei viel zu oft außer Acht gelassenen Ursachen liegt im Zusammenhang von Kapitalismus und Rassismus. Der neoliberale Leistungs- und Konkurrenzgedanke ist eng verbunden mit offen rechter Ideologie. Extreme ökonomische Ungleichheit wird im Neoliberalismus als normal oder sogar als gerecht dargestellt. Der Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen ist dann nicht mehr weit: Rassismus und Sexismus sind Ideologien, die bestehende Ungleichheiten rechtfertigen und als natürlich darstellen wollen.

Die antifaschistische Gegenposition der Forderung nach Gleichheit, Gerechtigkeit und ein Leben in Würde widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung, wie auch der offenen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen Zusammenlebens erklärt. Es führt

zu der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf gegeneinander - was an sich schon rechts ist; noch konsequenter angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus.

Dieser Zusammenhang ist einer der Gründe, die in den letzten Jahren zu einer Politik der “Versicherheitlichung” geführt haben: Immer öfter ist die Antwort auf gesellschaftliche Probleme eine autoritäre, die von Repression und Gewalt geprägt ist. Dabei wird dem Streben nach vermeintlicher Sicherheit mehr und mehr untergeordnet. Sich gegen den autoritären Umbau der Gesellschaft zu stellen, heißt daher auch, zu hinterfragen, was eigentlich Sicherheit ist und was als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird.

Neben dem neoliberalen Leistungs- und Konkurrenzdenken und der tief verwurzelten rassistischen Abgrenzung von anderen, sind es im besonderen auch rechte Kontinuitäten in deutschen Sicherheitsapparaten, die das Problem befeuern, statt es zu bekämpfen.

Dass Rechte sich besonders bei der Polizei oder dem Verfassungsschutz wohlfühlen, ist dabei kein Zufall. Schon an der Gründung der heute bestehenden Sicherheitsbehörden nach 1945 waren diverse Nazigrößen und SS-Kader fest eingebunden und beteiligt. Es war der Normalfall, dass Nazis auch nach den NS-Verbrechen munter weiter Karriere machen konnten - insbesondere in Behörden.

Rassistische Kontinuitäten in der Polizei

Mit diesem Hintergrund verwundern die zahllosen Fälle von Polizeigewalt gegen People of Color und Linke ebenso wenig, wie die schwer zu überblickende Zahl an rechten Chatgruppen, die gerade bundesweit auffliegen. Es geht dabei keineswegs um Einzelfälle und das Fehlverhalten einzelner Polizist*innen: Die Strukturen der Polizei begünstigen rassistischens und autoritäres Verhalten. Das muss sich ändern, und zwar grundlegend: Der Einsatz staatlicher Gewalt muss eng kontrolliert werden, Fehlverhalten muss zu spürbaren Konsequenzen führen und Racial Profiling und anderen Diskriminierungen die Grundlage entzogen werden. Dafür braucht es unabhängige Ermittlungsstellen, Polizeibeauftragte bei den Parlamenten und eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Einheiten. Betroffene von Racial Profiling sollen übermäßige Kontrollen durch Einführung eines verpflichtenden Ticket-Systems nachweisen können. Außerdem braucht es eine völlig neue Aus- und Weiterbildung, die sich an diskriminierungsfreiem Handeln, Kommunikation, Deeskalation und Konfliktprävention orientiert.

Doch so dringend eine Reform der Polizei auch geboten ist: Auch die beste Polizei kann gesellschaftliche Probleme nicht lösen, sondern allenfalls deren Symptome bekämpfen. Der beste Polizeieinsatz ist deshalb einer, der gar nicht erst nötig wird. Wer genug zum Leben hat, fängt seltener an, Geldbeutel zu

stehlen; wer bei Bedarf psychologische Begleitung bekommt, wird selten zur Gefahr und wer Asylstatus genießt, muss nicht brutal abgeschoben werden. Und natürlich braucht es zum Schutz der Betroffenen eine verantwortungsvolle und staatlich kontrollierte Abgabe von Drogen, statt den längst verlorenen Kampf dagegen mit immer absurderen Repressionen verzweifelt weiterzukämpfen.

Verfassungsschutz: Teil des Problems

Nur zu deutlich sieht man die beschriebenen Probleme am Verfassungsschutz. Die zahlreichen Skandale, die rechten Netzwerke, in die der Verfassungsschutz selbst eingebunden war oder diese mindestens gedeckt hat, sind dabei Kontinuitäten, die nicht nur in der Vergangenheit liegen. Der Verfassungsschutz versagt damit nicht nur, er stellt eine aktive Gefahr da, wie beispielsweise am NSU-Komplex besonders deutlich wurde: Wenn der Verfassungsschutz nichts vom NSU wusste, dann ist er unnütz. Aber wenn er davon wusste, dann ist er gefährlich.
Doch selbst die wenigen Reförmchen, die als Konsequenz aus dem NSU-Komplex gezogen wurden, werden in vielen Bundesländern wieder Stück für Stück zurück gedreht.

Die Untauglichkeit des Verfassungsschutzes zeigt sich nicht zuletzt an der vielfach widerlegten Hufeisentheorie, die weiterhin eisern die Grundlage geheimdienstlichen Handelns darstellt: Statt Rassismus und menschenfeindliche Ideologien entschlossen zu bekämpfen, wird linker Aktivismus mit diesen gleichgesetzt und damit kriminalisiert. Eine solche ideologisch geprägte Arbeitsweise entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Grundlage und verharmlost die Gefahr durch rechte Gewalt massiv. Zudem scheitert das Prinzip der Gewaltenteilung strukturell an dem Versuch, die Aktivitäten des Verfassungsschutzes angemessen parlamentarisch zu kontrollieren.

Eine unkontrollierbare Behörde, die ihren erklärten Zielen entgegen arbeitet, verliert ihre Daseinsberechtigung. Alle Versuche, den Verfassungsschutz zu reformieren, sind gescheitert. An einer Auflösung der Verfassungsschutzämter führt daher kein Weg vorbei. Anstelle dessen braucht es eine transparent und wissenschaftlich arbeitende Dokumentationsstelle und eine massiv gestärkte Zivilgesellschaft, die selbst dazu in der Lage ist, sich gegen menschenfeindliche Ideologien zu stellen. Vieles von dem, was wir heute über rechte Strukturen wissen, wissen wir nicht vom Geheimdienst, sondern von antifaschistischen Recherchegruppen - allen Widerständen zum Trotz. Statt Antifaschismus zu kriminalisieren, muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen Nazis unterstützt und gefördert werden.

Autoritarismus und Asylpolitik

Die autoritäre Bekämpfung von Symptomen gesellschaftlicher Missstände zeigt sich auch in der zunehmend menschenfeindlichen Asylpolitik Deutschlands und der europäischen Union. Europas Regierungen schotten sich zunehmend ab und verfolgen

die, die sich für die Rettung der Menschenrechte engagieren: Seenotrettungsschiffe werden festgesetzt, NGOs, die illegale Pushbacks an den Außengrenzen dokumentieren, werden verfolgt und der Zugang zu menschenunwürdigen Massenlagern wird mehr und mehr eingeschränkt. Die Schande von Moria ist dabei nur der vorläufige Höhepunkt einer menschenverachtenden Entwicklung, an der sich auch die Bundesregierung eifrig beteiligt: Statt geltendes Recht anzuwenden und denen, die nicht zuletzt unter unserer Wirtschaftsweise und den Folgen von Umweltzerstörung fliehen müssen, ein menschenwürdige Unterkunft zu ermöglichen, werden immer neue Vorwände gefunden, um Geflüchtete abzuwerten, sie in Elendslagern an den Außengrenzen wegzusperren oder sie im Mittelmeer ertrinken zu lassen. Die unaufhörlich steigende Zahl an Menschen auf der Flucht ist das vielleicht sichtbarste Symptom der globalen Ungleichheit. Wenn wir unsere Menschenrechte aufgeben, um diesen Menschen nicht helfen zu müssen, dann verlieren wir alles.

Stattdessen braucht es eine sofortige Evakuierung und Schließung aller Lager und eine solidarische Geflüchtetenpolitik, die Fliehenden neue Perspektiven schafft. Es braucht ein neues und klimagerechtes Wirtschaftssystem, das die Krisen unserer Zeit löst, statt sie weiter zu verschärfen und die Leidtragenden dieser Krisen zu bekämpfen.

Der herrschenden Politik der Angst, Überwachung, Abschottung und Härte stellen wir eine radikal emanzipatorische Gesellschaft entgegen, die die menschliche Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.